

Ö-Konvent  
Ausschuss 4 „Grundrechtskatalog“  
**Vorschlag: Meinungsfreiheit**

Anlage 1 zum Protokoll der 6. Sitzung des Ausschusses 4  
Univ.Prof. Dr. Funk  
27.11.2003

<b>EMRK</b>	<b>StGG 1867</b>	<b>Grundrechte-Charta</b>	<b>Sonstige Rechtsgrundlagen</b>	<b>Konventsentwurf (auf Basis der Beratungen vom 27. November 2003)</b>
<p><b>Art 10</b> (1) Jedermann hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein. Dieser Artikel schließt nicht aus, daß die Staaten Rundfunk-, Lichtspiel- oder Fernsehunternehmen einem Genehmigungsverfahren unterwerfen. (2) Da die Ausübung dieser Freiheiten Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, kann sie bestimmten, vom Gesetz vorgesehenen Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, wie sie in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Unversehrtheit oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und</p>	<p><b>Art 13</b> (1) Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. (2) Die Presse darf weder unter Censur gestellt, noch durch das Concessions-System beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung.</p> <p><b>Art 17</b> Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu erteilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung. Für den Religionsunterricht in den Schulen ist von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft Sorge zu tragen. Dem Staate steht</p>	<p><b>Art 11</b> Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.</p> <p>Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.</p> <p><b>Art 13</b> Kunst und Forschung sind frei. Die akademische Freiheit wird geachtet.</p>	<p><b>Art I BVG Rundfunk</b> (1) Rundfunk ist die für die Allgemeinheit bestimmte Verbreitung von Darbietungen aller Art in Wort, Ton und Bild unter Benützung elektrischer Schwingungen ohne Verbindungsleitung bzw. längs oder mittels eines Leiters sowie der Betrieb von technischen Einrichtungen, die diesem Zweck dienen. (2) Die näheren Bestimmungen für den Rundfunk und seine Organisation sind bundesgesetzlich festzulegen. Ein solches Bundesgesetz hat insbesondere Bestimmungen zu enthalten, die die Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Berücksichtigung der Meinungsvielfalt, die Ausgewogenheit der Programme sowie die Unabhängigkeit der Personen und Organe, die mit der Besorgung der im Abs. 1 genannten Aufgaben betraut sind, gewährleisten. (3) Rundfunk gemäß Abs. 1 ist eine öffentliche Aufgabe.</p>	<p><b>Art x: Freiheit der Meinungsäußerung</b> (1) <i>Jede Person</i> hat Anspruch auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf <i>Staatsgrenzen</i> ein.</p> <p><u>2.Varianten:</u> - <i>Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.</i> (Ergänzung der Erläuterungen zur Meinungsfreiheit um einen Verweis auf die Schutzpflicht) - <i>Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet und geschützt.</i> (<u>Subvariante:</u> <i>Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet und gewährleistet.</i>) <u>Ergänzungsvorschlag des Ausschussvorsitzenden v. 27. November 2003:</u> (<u>2. Subvariante:</u> <i>Die Freiheit der Medien wird geachtet und gewährleistet. Der Staat hat ihre Pluralität zu fördern.</i>)  <i>Zensur findet nicht statt.</i></p>

Ö-Konvent  
Ausschuss 4 „Grundrechtskatalog“  
**Vorschlag: Meinungsfreiheit**

Anlage 1 zum Protokoll der 6. Sitzung des Ausschusses 4  
Univ.Prof. Dr. Funk  
27.11.2003

EMRK	StGG 1867	Grundrechte-Charta	Sonstige Rechtsgrundlagen	Konventsentwurf (auf Basis der Beratungen vom 27. November 2003)
<p>der Moral, des Schutzes des guten Rufes oder der Rechte anderer unentbehrlich sind, um die Verbreitung von vertraulichen Nachrichten zu verhindern oder das Ansehen und die Unparteilichkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten.</p>	<p>rücksichtlich des gesamten Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu.</p> <p><b>Art 17a</b> Das künstlerische Schaffen, die Vermittlung von Kunst sowie deren Lehre sind frei.</p>		<p><b>§ 2 Abs 2 UOG</b> Die Universitäten sind im Rahmen der Gesetze und Verordnungen sowie nach Maßgabe der Budgetzuweisungen gemäß § 17 Abs. 4 zur weisungsfreien (autonomen) Besorgung ihrer Angelegenheiten befugt.</p> <p><b>§ 2 Abs 2 KUOG</b> Die Universitäten der Künste sind im Rahmen der Gesetze und Verordnungen sowie nach Maßgabe der Budgetzuweisungen gemäß § 18 Abs. 4 zur weisungsfreien (autonomen) Besorgung ihrer Angelegenheiten befugt.</p>	<p>(2) Da die Ausübung dieser Freiheiten Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, kann sie bestimmten, vom Gesetz vorgesehenen Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, wie sie in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Unversehrtheit oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral, des Schutzes des guten Rufes oder der Rechte anderer, <i>oder</i> um die Verbreitung von vertraulichen Nachrichten zu verhindern oder das Ansehen und die Unparteilichkeit zu gewährleisten, <i>notwendig sind</i>.</p> <p><b>Art y: Rundfunkfreiheit</b> (1) Rundfunk ist die für die Allgemeinheit bestimmte Verbreitung von Darbietungen aller Art in Wort, Ton und Bild unter Benützung elektrischer Schwingungen ohne Verbindungsleitung bzw. längs oder mittels eines Leiters sowie der Betrieb von technischen Einrichtungen, die diesem Zweck dienen.</p>

Ö-Konvent  
Ausschuss 4 „Grundrechtskatalog“  
**Vorschlag: Meinungsfreiheit**

Anlage 1 zum Protokoll der 6. Sitzung des Ausschusses 4  
Univ.Prof. Dr. Funk  
27.11.2003

EMRK	StGG 1867	Grundrechte-Charta	Sonstige Rechtsgrundlagen	Konventsentwurf (auf Basis der Beratungen vom 27. November 2003)
				<p>(2) Die näheren Bestimmungen für den Rundfunk und seine Organisation sind bundesgesetzlich festzulegen. Ein solches Bundesgesetz hat insbesondere Bestimmungen zu enthalten, die die Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Berücksichtigung der Meinungsvielfalt, die Ausgewogenheit der Programme sowie die Unabhängigkeit der Personen und Organe, die mit der Besorgung der im Abs. 1 genannten Aufgaben betraut sind, gewährleisten.</p> <p>(3) Rundfunk gemäß Abs. 1 ist eine öffentliche Aufgabe.</p> <p><u>Textentwurf des Ausschussvorsitzenden vom 27. November 2003:</u></p> <p><i>(1) Rundfunk trägt eine besondere Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit.</i></p> <p><i>(2) Für den Rundfunk ist durch Gesetz zu gewährleisten, dass Berichterstattung wahrheitsgemäß und Meinungsbildung durchschaubar (als solche erkennbar) ist, sowie Persönlichkeitsrechte geschützt und Diskriminierungen vermieden werden.</i></p> <p><i>(3) Zur Durchsetzung dieser Garantien ist für die Betroffenen ein wirksames Verfahren bereit zu stellen.</i></p>

Ö-Konvent  
Ausschuss 4 „Grundrechtskatalog“  
**Vorschlag: Meinungsfreiheit**

Anlage 1 zum Protokoll der 6. Sitzung des Ausschusses 4  
Univ.Prof. Dr. Funk  
27.11.2003

<b>EMRK</b>	<b>StGG 1867</b>	<b>Grundrechte-Charta</b>	<b>Sonstige Rechtsgrundlagen</b>	<b>Konventsentwurf</b> (auf Basis der Beratungen vom 27. November 2003)
				<p><b>Art z: Wissenschaftsfreiheit</b> Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu erteilen, <i>sind alle Staatsbürgerinnen</i> berechtigt, <i>die ihre Befähigung</i> hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung. Für den Religionsunterricht in den Schulen ist von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft Sorge zu tragen. Dem Staate steht rücksichtlich des gesamten Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu.</p> <p><b>Art w: Kunstfreiheit</b> Das künstlerische Schaffen, die Vermittlung von Kunst sowie deren Lehre sind frei.</p> <p><b>Art v: Autonomie der Universitäten</b> Die Universitäten sind im Rahmen der Gesetze und Verordnungen zur autonomen Besorgung ihrer Angelegenheiten befugt.</p>